

PRESSEMITTEILUNG

Erst gefeiert, jetzt geschasst: Ungeimpfte im Gesundheitswesen wehren sich

Initiative „Klinikpersonal steht auf“ fordert umgehend Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht – sie bietet Betroffenen die Möglichkeit zur Vernetzung

Erst wurden sie wie Helden gefeiert, jetzt fühlen sie sich mit Straftätern gleichgesetzt: Mit einer Schilderaktion hat die Initiative „Klinikpersonal steht auf“ auf die Situation ungeimpfter Kolleginnen und Kollegen aufmerksam gemacht. In Rottenburg entlang der Poststraße, Neckarbrücke und Sprollstraße wiesen Beschäftigte des Gesundheitssystems am 29.04.2022 mit Schildern darauf hin, welche schwerwiegende Folgen die einrichtungsbezogene Impfpflicht für sie mit sich bringt – von Rufschädigung bis hin zum Verlust der beruflichen Existenz.

Zum Beispiel Miriam: Seit fünf Jahren arbeitete sie als Altenpflegerin. Weil sie nicht bereit war, sich gegen Covid-19 impfen zu lassen, wurde sie ab dem 1. März nicht mehr weiterbeschäftigt. „Ich hatte ein befristetes Arbeitsverhältnis, das zu diesem Zeitpunkt endete. Weil mich niemand ohne Impfung einstellen darf, bin ich nun arbeitslos und muss Arbeitslosengeld in Anspruch nehmen. Ich bin wütend, unglücklich und vermisse die Arbeit mit meinen Senioren. Drei Jahre Ausbildung sollen nichts mehr wert sein wegen meines Impfstatus?“

Oder Richard, seit 30 Jahren in der Krankenpflege engagiert, davon die letzten 20 Jahre bei einem ambulanten Pflegedienst. „In den vergangenen Wochen durfte ich wiederholt für meine geimpften Kollegen einspringen, weil sie an Corona erkrankt waren. Ich bin ungeimpft und hatte bisher noch kein Corona. Belastend wurde die Zeit für mich vor allem mit Beschluss der berufsbezogenen Impfpflicht sowie der politischen und medialen Hetze gegenüber Ungeimpften.“

Sie sind nur zwei Beispiele für tausende Menschen im Gesundheitswesen, deren befristete Verträge nicht verlängert werden oder denen von Gesundheitsämtern Bußgelder und eine berufliche Freistellung angedroht werden. Liegt ein ärztliches Attest vor, stellt das Gesundheitsamt in einem Schreiben eine ärztliche Zwangsuntersuchung in Aussicht.

„Es wird von vorneherein unterstellt, Atteste seien gefälscht: Damit bezweifelt man die Kompetenz des ausstellenden Arztes und impliziert pauschal, Ungeimpfte würden automatisch Dokumente fälschen“, sagt Silke, eine weitere Klinikangestellte. Menschen, die jahrelang gute Arbeit geleistet hätten, würden wie Verbrecher behandelt. „Wir wollen eine qualitativ hochwertige Arbeit abliefern und unseren Beitrag im Gesundheitswesen leisten. Wir wehren uns dagegen, aufgrund einer Impfung aussortiert zu werden, die weder Fremdschutz gewährleistet noch gegen die derzeitigen Varianten des Covid-19-Virus hilft.“

„Klinikpersonal steht auf“ fordert umgehend eine Aussetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht und die Rückkehr zur freien Impfentscheidung. Gegründet in Tübingen, haben sich in der

